



Gemeinsame Verteidigungs- und Entwicklungspolitik

Adressat

Der Landesparteitag möge folgenden Antrag beschließen und an die Bundesgremien weiterleiten.

Antrag

Verteidigungs- und Entwicklungspolitik müssen gemeinsam gedacht und geplant werden, wobei die Entwicklungspolitik im Vordergrund stehen muss!

Begründung

„Ein Leben in Freiheit, Würde und Sicherheit für alle Menschen, ohne Armut, Furcht und ökologische Zerstörung – die deutsche Entwicklungspolitik hat das Ziel, diesem Ideal ein Stück näher zu kommen. Wichtige Leitprinzipien sind dabei der Schutz der Menschenrechte und die Stärkung von Eigenverantwortung und Selbsthilfekräften in den Entwicklungsländern“, so ist das Ziel der Bundesregierung kurz formuliert.

International hierzu wurde 2016 die „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung (17 Sustainable Development Goals ‚SDGs‘)“ von der UN beschlossen.

Um nun diese Ziele zu erreichen, müssen von den Mitgliedsstaaten entsprechende Mittel bereitgestellt werden. Bereits 1970 wurde vor der UN-Vollversammlung das formulierte Versprechen von den Industriestaaten abgegeben, mindestens 0,7 %/a des Bruttonationaleinkommens (BNE) für Entwicklungshilfe aufzuwenden.

Diese „Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (Official development assistance, ‚ODA‘)“ wird durch die OECD jährlich mit der ODA-Quote berichtet. In 2018 wurden folgende Werte gemeldet:

- D: 0,61%
- USA: 0,17%

Die Administration der USA wäre gut beraten, wenn sie mit der gleichen Vehemenz, die sie bei den Nato-Zielen den Mitgliedsstaaten abfordert, auch ihre eigenen ODA-Ziele verfolgen würde!

Im Lichte dieser Zahlen muss man sich fragen: Wo ist die öffentliche Empörung, insbesondere bei den Medien, wenn man die Aufwendungsziele für Militärausgaben (Nato: 2% vom BNE) und Entwicklungsausgaben (UN: 0,7 % vom BNE) gegenüberstellt und dabei bedenkt, dass die viel größere Zahl für Zerstörung und die kleinere Zahl für Frieden und Menschlichkeit steht?

Übrigens: In der Vergangenheit wurde häufig die deutsche Entwicklungspolitik als verlängerter Arm der deutschen Wirtschaftspolitik gesehen und damit regionale Märkte in den Entwicklungsländern negativ beeinflusst.

Vorstand der AG 60plus-RLP

Mainz, 30.11.2020